

Beschlussvorlage für Ausschüsse



Landeshauptstadt
Mainz

| | | |
|---------------------------|---------------------|-----------------------------|
| öffentlich | | Drucksache Nr. 0127/2014 |
| Amt/Aktenzeichen 61/68 | Datum 17.01.2014 | TOP |

| Beratungsfolge Gremium | Zuständigkeit | Datum | Status |
|------------------------------|---------------|------------|--------|
| Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg | Kenntnisnahme | 27.03.2014 | Ö |

Betreff:

Sachstandsbericht zu Antrag 1330/2013 SPD/DIE GRÜNE, Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg
hier: Erstellung eines Verkehrskonzeptes für den Stadtteil Mainz-Lerchenberg - zur
Kenntnisnahme

Mainz, 30.01.2014

gez. Eder

Katrin Eder
Beigeordnete

Beschlussvorschlag:

Der **Ortsbeirat Lerchenberg** nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Ortsbeirat hat die Verwaltung um Vorlage eines verkehrspolitischen Gesamtkonzeptes für den Stadtteil Lerchenberg gebeten.

Stellungnahme der Verwaltung:

Vorab sei angemerkt, dass die Verwaltung aus den Stadtteilen regelmäßig mit Bitten hinsichtlich eines breit angelegten Verkehrskonzeptes konfrontiert wird. Es hat sich dabei in der Vergangenheit gezeigt, dass in den meisten Fällen örtliche Probleme vorwiegend durch Quell-, Ziel- und Binnenverkehre verursacht werden, d.h. „hausgemacht“ sind. Weiterhin besteht bei dem Versuch, eine verkehrliche Gesamtkonzeption zu entwickeln, oftmals die Problematik, dass die im Verkehrsbereich unvermeidbaren Interessenskonflikte von der Bürgerschaft, den örtlichen Gremien oder den Gewerbetreibenden unterschiedlich gewichtet und bewertet werden. Insofern hat es sich seitens der Verwaltung nicht bewährt, allumfassende Verkehrskonzeptionen zu erarbeiten (es existiert aus diesem Grund auch kein Generalverkehrsplan). Vielmehr verfolgt die Verwaltung den Weg, verbesserungsbedürftige und -fähige Problembereiche einer Einzelbetrachtung zu unterziehen und nach Möglichkeit begünstigende Wechselwirkungen zusammenzufassen.

Vor diesem Hintergrund greift die Verwaltung gerne die im Antrag genannten Schwerpunkte auf:

- Möglichkeiten der Verkehrslärmreduzierung
- Verkehrssicherheit mit der unverzichtbaren Beibehaltung von bestehenden beampelten Fußgängerüberwegen

In der Vorlage 0081/2014 hat die Verwaltung dargestellt, dass die derzeitige Tempo-40-Zonen-Beschilderung durch eine entsprechende Regelung mit einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h ersetzt werden soll. Gleichzeitig wird durch eine entsprechende Beschilderung sichergestellt, dass die signalisierte Fußgängerquerung im Bereich des Kindergartens rechtssicher erhalten bleiben kann.

Im Zuge der Mainzelbahn entstehen weitere signalgesicherte Fußgängerquerungen im Bereich der Hindemithstraße (u.a. Fußwegverbindung zur Elisabeth-Dicke-Schule). Mit der generellen Absenkung des Geschwindigkeitsniveaus werden wesentliche Fortschritte zur Verfolgung der beiden oben genannten Ziele erzielt.

- Sinnvolle Ergänzung von Geschwindigkeitsbegrenzungen durch geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen der Fahrbahngestaltung

Es trifft zu, dass der Verkehrsraum in Lerchenberg der Planungsphilosophie der 60er Jahre Rechnung trägt und dem Auto als Verkehrsmittel vergleichsweise großen Raum einräumt. Die großzügige Gestaltung von Verkehrsflächen hat gegenüber der gewachsenen Dorfstruktur mancher Nachbarstadtteile aber auch den Vorteil einer guten Übersichtlichkeit und in der Regel auch ausreichenden Breite für den Fußgängerverkehr. Gleichwohl stimmt die Verkehrsverwaltung überein, dass aus heutiger Sicht die Verkehrsflächen grundsätzlich kompakter geplant werden würden. Ein großflächiger Umbau ist auf Grund der finanziellen Situation der Stadt Mainz derzeit nicht

möglich, allerdings im Hinblick auf eventuelle Problematiken im Stadtteil überwiegend auch nicht zwingend geboten. Trotzdem stehen der Verkehrsverwaltung Handlungsspielräume offen, die diese im Rahmen der rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten gerne ausschöpft.

So können beispielsweise überdimensionierte oder unausgewogen aufgeteilte Verkehrsräume durch Anordnung von ruhendem Verkehr, straßenverkehrsbehördlichen Anordnungen oder anderen kostengünstigen Maßnahmen gestaltet werden. Anstelle eines flächendeckenden Konzeptes, das möglicherweise die kleinräumige Problematik nur unzureichend löst, schlägt die Verwaltung vor, verbesserungsbedürftige Situationen gezielt herauszugreifen und maßgeschneiderte Lösungsansätze zu entwickeln. Hier hat die Verwaltung im Zusammenhang mit der Planung der Mainzelbahn bereits einige Maßnahmen vorbereitet:

Verbessert wird unter anderem die vom Ortsbeirat in der Vergangenheit zu Recht wiederholt bemängelte Situation, dass in der Hindemithstraße insbesondere im Abschnitt des Einrichtungsverkehrs zwischen Palestrinaweg und Brucknerstraße oft mit überhöhter Geschwindigkeit gefahren wird. Hier wirkt die Planung zur „Mainzelbahn“ entgegen, indem durch den Rückbau der Busbucht und die Anordnung von Längsparkplätzen der Straßenraum optisch deutlich verengt wird. Auch an anderer Stelle könnte –sofern vom Ortsbeirat gewünscht– durch versetzte Markierung von Parkständen eine Verkehrsberuhigung erzielt werden. Die Verkehrsverwaltung nimmt entsprechende Vorschläge gerne entgegen.

Die Verwaltung hat darüber hinaus eine Initiative gestartet, die auch außerhalb des besiedelten Gebiets eine Herabsetzung des Geschwindigkeitsniveaus bewirken soll. Es wird ein Schreiben an den für die L 427 zuständigen Landesbetrieb Mobilität in Worms gerichtet, in dem die Bitte formuliert wird, die zulässige Höchstgeschwindigkeit im Straßenabschnitt entlang der Ortslage auf 50 km/h zu begrenzen.

- Integration der Straßenbahn in den bisherigen Straßenraum

In den Bürgerworkshops sowie in verschiedenen weiteren Veranstaltungen unter Einbeziehung der Öffentlichkeit wurde in den Jahren 2011 und 2012 eine Entwurfsplanung erarbeitet, die einen bestmöglichen Ausgleich der Belange der Straßenbahn einerseits sowie der Bewohnerschaft und Gewerbetreibenden andererseits zum Ergebnis hatte. Die Tatsache, dass im Rahmen der Planfeststellung auf dem Lerchenberg keine privaten Einwendungen eingingen, bestätigt diese Einschätzung.

- Vorfahrtsregelungen

Es ist beabsichtigt, zur Sicherstellung der ÖPNV-Bevorrechtigung die vorhandenen Vorfahrtsregelungen entlang der Bustrassen durch den Lerchenberg beizubehalten. Lediglich die abknickende Vorfahrt an der Einmündung Büchnerallee/Hebbelstraße wird in eine konventionelle „Rechts-vor-Links“-Regelung überführt. Abseits der eingangs erwähnten Haupttrassen liegt diese Regelung bereits flächendeckend vor, sodass kein genereller Handlungsbedarf gesehen wird.

- Integration einer MeinRad-Station

Seitens der MVG ist beabsichtigt, nach Inbetriebnahme der Mainzelbahn entlang der Strecke über neue MVG MeinRad-Stationen nachzudenken. Hier würde sich in Lerchenberg nach Auffassung der Verwaltung ein Standort in der Nähe der Endstelle und/oder am Einkaufszentrum anbieten.

- Integration einer Carsharing-Station

Der derzeit in Mainz etablierte CarSharing-Anbieter „book´n´drive“ ist grundsätzlich gerne bereit, neue CarSharing-Standorte zu prüfen, sofern eine ausreichende Nachfrage erwartet werden kann. Die Verwaltung bittet den Ortsbeirat um eine Einschätzung bzw. Umfrage, in welchen Bereichen des Stadtteils dies der Fall sein könnte.

- Radwegekonzept

Innerhalb von Tempo-30-Zonen soll nach der aktuellen StVO der Radverkehr im fließenden motorisierten Verkehr „mitschwimmen“. Deshalb sind dort keine Radwege, Radfahrstreifen o.ä. vorgesehen.

Anders gestaltet sich die Situation entlang der L 426 zwischen Ober-Olmer Forsthaus und dem Kreisverkehrsplatz, wo die Verwaltung seit geraumer Zeit entsprechende Flächen für eine diesbezügliche Entwicklung freihält. Eine Realisierung wird seitens des zuständigen Landesbetriebs Mobilität derzeit nicht mit höchster Priorität verfolgt. Die Verkehrsverwaltung wird aber weiterhin darauf hinwirken, dass diese Maßnahme vorangetrieben wird.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass vor allem der Bereich Lerchenberg-Südost mit seiner hohen Dichte an Wohnnutzung, Infrastruktureinrichtungen und dem daraus resultierenden Verkehr infolge des Baus der Mainzelbahn spürbar profitiert.

Für Lerchenberg-Nord und Lerchenberg-Süd schlägt die Verwaltung vor, Problemsituationen konkret zu benennen, damit die Verkehrsverwaltung zielgerichtet Maßnahmenvorschläge erarbeiten kann.

Die Verkehrsverwaltung bietet selbstverständlich auch an, bei einem Ortstermin mit dem Ortsbeirat Problemsituationen in Augenschein zu nehmen.